

est actuellement d'atténuer l'exigence d'un jugement au fond même pour le recours en réforme (cf. art. 48 a et 49 Av.-proj. OJ rev.), et la décision préjudicielle sur le for en matière civile est maintenant déjà susceptible d'un recours distinct (cf. art. 87 ch. 3 OJ et RO 50 II 411, 57 II 133).

Le pourvoi en nullité est donc recevable contre tout jugement de dernière instance cantonale sur une question de droit fédéral. Il doit en être à cet égard du prononcé du juge pénal dans l'action civile comme du prononcé pénal lui-même, non seulement pour une raison de logique, mais par des considérations d'ordre pratique. C'est précisément l'un des avantages inhérents à l'action jointe de permettre que la décision sur les conclusions civiles soit soumise au contrôle du juge suprême et susceptible d'acquiescer force de chose jugée sous la forme que le juge cantonal a donnée à ces conclusions en vertu des dispositions de procédure qui régissent l'intervention civile et sa disjonction; ces dispositions autorisent partout les tribunaux à user largement des jugements partiels et à tenir ainsi compte pratiquement des besoins du lésé (cf. Exposé des motifs du Tribunal fédéral, pour l'av.-proj. OJ rev., p. 36 in fine).

25. Auszug aus dem Urteil des Kassationshofes vom 10. September 1942 i. S. Kistler gegen Staat Baselland.

1. Art. 268 Abs. 1 BStrP. Der Entscheid darüber, ob eine Strafe, für welche der Verurteilte den bedingten Strafvollzug genoss, gestützt auf Art. 41 Ziff. 3 StGB zu vollziehen sei, kann durch Nichtigkeitsbeschwerde angefochten werden.
2. Art. 41 Ziff. 3 StGB. Der Richter, welcher über den Vollzug einer bedingten Freiheitsstrafe erkennt, braucht ein vom zuständigen Gericht gefälltes rechtskräftiges Urteil, das den Verurteilten wegen eines während der Probezeit vorsätzlich begangenen Verbrechens oder Vergehens schuldig erklärt, nicht auf seine materielle Richtigkeit hin zu überprüfen.
3. Art. 41, 105, 336 StGB. Eine vor dem 1. Januar 1942 verhängte Probezeit ist durch das Inkrafttreten des StGB nicht verändert worden.

1. Art. 268 al. 1 PPF. Le prononcé qui décide si une peine, pour laquelle le condamné bénéficiait du sursis, doit être mise à exécution en vertu de l'art. 41 ch. 3 CPS, peut être l'objet d'un pourvoi en nullité.
 2. Art. 41 ch. 3 CPS. Le juge qui statue sur la mise à exécution d'une peine privative de liberté infligée avec sursis, n'est pas tenu de revoir au fond le jugement passé en force, rendu par un tribunal compétent qui reconnaît le condamné coupable d'un crime ou d'un délit commis intentionnellement durant le délai d'épreuve.
 3. Art. 41, 105, 336 CPS. Le délai d'épreuve imparti avant le 1^{er} janvier 1942 n'est pas modifié par l'entrée en vigueur du CPS.
1. Art. 268 cp. 1 PPF. La sentenza che decide se una pena, per la quale il condannato era al beneficio della sospensione condizionale, dev'essere eseguita in virtù dell'art. 41 cifra 3 CPS, può essere impugnata con ricorso in cassazione.
 2. Art. 41 cifra 3 CPS. Il giudice che si pronuncia sull'esecuzione d'una pena privativa della libertà personale inflitta col beneficio della sospensione condizionale non è tenuto a rivedere nel merito la sentenza definitiva pronunciata da un tribunale competente che dichiara il condannato colpevole di un crimine o di un delitto commesso intenzionalmente durante il periodo di prova.
 3. Art. 41, 105, 336 CPS. Il periodo di prova fissato anteriormente al primo gennaio 1942 non è modificato dall'entrata in vigore del CPS.

A. — Am 19. Mai 1942 verfügte das Polizeigericht von Arlesheim, die vierzehntägige Gefängnisstrafe, zu welcher es Ernst Kistler am 7. Oktober 1937 wegen fortgesetzter vorsätzlicher Widerhandlung gegen Art. 64 KUVG unter Gewährung des bedingten Strafvollzugs und Auferlegung einer fünfjährigen Probezeit verurteilt hatte, sei zu vollziehen, weil der Verurteilte am 8. April 1942 durch das Strafgericht des Kantons Basel-Stadt wegen am 1. Februar 1941 begangener vorsätzlicher Widerhandlung gegen Art. 38 des BG betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen mit Fr. 200.— gebüsst worden war.

Auf die Appellation des Ernst Kistler trat die Polizeikammer des Obergerichts des Kantons Basel-Landschaft am 26. Juni 1942 nicht ein. Sie nahm an, gegen Entscheide auf Widerruf des bedingten Strafvollzugs sei dieses Rechtsmittel, weil im EG zum StGB nicht vorgesehen, nicht zulässig.

B. — Mit den vorliegenden rechtzeitig sowohl gegen den Entscheid des Polizeigerichts als auch gegen das Urteil der Polizeikammer des Obergerichts eingereichten Nichtigkeitsbeschwerden beantragt Ernst Kistler, der erstgenannte Entscheid sei aufzuheben und es sei anzuordnen, dass die am 7. Oktober 1937 ausgesprochene Strafe nicht zu vollziehen sei, eventuell sei der Entscheid vom 19. Mai 1942 aufzuheben und das Verfahren zu kassieren und die Akten seien an das Polizeigericht zur neuen Behandlung des Falles zurückzuweisen, mit der Anweisung, ein *Urteil* zu eröffnen. Er erblickt eine Verletzung von Art. 254 BStrP darin, dass das Polizeigericht seinen Entscheid als « Beschluss » statt als « Urteil » oder « Einstellungsbeschluss » gefällt habe. Er ist der Auffassung, es hätte sich durch das Urteil des Strafgerichts des Kantons Basel-Stadt vom 8. April 1942 nicht gebunden erachten, sondern selbständig prüfen sollen, ob er die Widerhandlung gegen Art. 38 des Lebensmittelpolizeigesetzes vorsätzlich begangen habe. Zu diesem Zwecke hätte es eine Hauptverhandlung durchführen sollen, in welcher auch der Staatsanwalt hätte zu Worte kommen müssen.

C. — Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft hat durch den Gerichtspräsidenten von Arlesheim erklären lassen, das Polizeigericht habe die Verhandlung vom 19. Mai 1942 ordnungsgemäss nach dem kantonalen Prozess durchgeführt.

Der Kassationshof zieht in Erwägung :

1. — Damit die Nichtigkeitsbeschwerde an den Kassationshof zulässig sei, muss gemäss Art. 268 BStrP ein Urteil vorliegen. Dies ist hier der Fall. Wenn der Richter darüber erkennt, ob eine Strafe, für welche der Verurteilte den bedingten Strafvollzug genoss, gestützt auf Art. 41 Ziff. 3 StGB zu vollziehen sei, übt er nicht vollziehende, sondern richterliche Gewalt aus, da er darüber befindet, ob die Voraussetzungen erfüllt seien, eine dem Verurteilten gewährte Rechtswohltat zu widerrufen. Der Entscheid

hierüber wird in Fortsetzung des Verfahrens getroffen, in welchem der bedingte Strafvollzug eingeräumt worden war. Von beiden Fragen, ob der bedingte Strafvollzug zu gewähren und ob er zu widerrufen sei, hängt die Durchsetzung des staatlichen Strafrechts in gleicher Weise ab, und beide Fragen sind für den Verurteilten von gleicher Tragweite. Es ist daher gerechtfertigt, gegen die gemäss Art. 41 Ziff. 3 StGB gefällten Entscheide die Nichtigkeitsbeschwerde ebenso zuzulassen, wie sie gegen die Entscheide auf Gewährung oder Verweigerung des bedingten Strafvollzuges zulässig ist. Urteile im Sinne des Art. 268 BStrP sind nicht bloss die Entscheide, in welchen über Bestand oder Nichtbestand des staatlichen Strafrechts erkannt wird, sondern auch andere Erkenntnisse materiell-rechtlicher Bedeutung, z. B. solche über die Umwandlung von Bussen (BGE 63 I 189).

2. —

3. — Der Widerruf des bedingten Strafvollzugs durch das Polizeigericht von Arlesheim stützt sich darauf, dass der Beschwerdeführer während der Probezeit vorsätzlich ein Vergehen begangen habe. Auf welche Weise dies festgestellt werden muss, ist einzig dem kantonalen Prozessrecht zu entnehmen. Eine bundesrechtliche Bestimmung, welche dem Richter im Verfahren über den Widerruf des bedingten Strafvollzugs gebieten würde, ein vom zuständigen Gericht gefälltes rechtskräftiges Urteil auf seine materielle Richtigkeit hin zu überprüfen, besteht nicht. Das Polizeigericht von Arlesheim durfte davon ausgehen, dass durch das Urteil des Strafgerichts von Basel-Stadt vom 8. April 1942 verbindlich festgestellt sei, dass der Beschwerdeführer am 1. Februar 1941 sich vorsätzlich gegen Art. 38 des Lebensmittelpolizeigesetzes vergangen habe.

4. — Art. 66 KUVG droht für Widerhandlungen gegen Art. 64 KUVG Gefängnis bis zu drei Monaten an. Unter der Herrschaft des Art. 333 Abs. 2 StGB muss an Stelle dieser Strafe auf Haft bis zu drei Monaten erkannt werden

und sind auf die Widerhandlungen gegen Art. 64 KUVG die Bestimmungen über die Übertretungen anwendbar. Seitdem das StGB in Kraft ist, dürfte daher die Probezeit nur noch auf ein Jahr bemessen werden (Art. 105 StGB). Dies heisst nicht, dass eine Probezeit, die vor dem 1. Januar 1942 für eine heute als Übertretung geltende strafbare Handlung verhängt wurde, durch das StGB auf ein Jahr verkürzt worden sei. Die Festsetzung der Probezeit gehört zur Bemessung der Strafe. Wie die rechtskräftig ausgesprochenen Strafen durch das Inkrafttreten des StGB nicht berührt werden — ausgenommen in den Fällen, in denen es Art. 336 StGB ausdrücklich bestimmt — wird es auch die vor dem 1. Januar 1942 verhängte Probezeit nicht. Umso weniger kann das Inkrafttreten des StGB ein Hindernis dafür sein, dass der bedingte Strafvollzug widerrufen werde wegen eines vorsätzlichen Vergehens, welches — innerhalb der auf Grund des alten Rechts festgesetzten Probezeit — schon vor dem 1. Januar 1942 begangen wurde.

Demnach erkennt der Kassationshof :

Soweit auf die Nichtigkeitsbeschwerden eingetreten werden kann, werden sie abgewiesen.

26. Arrêt de la Cour de cassation pénale du 10 septembre 1942 dans la cause Lätt contre Procureur général du canton de Neuchâtel.

Lorsqu'un inculpé est recherché pour plusieurs infractions commises en différents cantons, il peut requérir du Tribunal fédéral, en vertu des art. 351 CPS et 264 PPF, la désignation du canton compétent pour poursuivre et juger.

L'inculpé ne peut se pourvoir en nullité, pour violation de l'art. 350 al. 1 CPS, contre le jugement qui a statué séparément sur l'une des infractions en concours.

Wenn der Beschuldigte für mehrere in verschiedenen Kantonen begangene strafbare Handlungen verfolgt wird, kann er das Bundesgericht gemäss Art. 351 StGB und Art. 264 BStrP ersuchen, den zur Verfolgung und Beurteilung zuständigen Kanton zu bezeichnen.

Der Beschuldigte kann nicht wegen Verletzung des Art. 35 Abs. 1 StGB gegen das Urteil, welches über eine der konkurrierenden strafbaren Handlungen getrennt befunden hat, Nichtigkeitsbeschwerde führen.

L'imputato, che è perseguito per più reati commessi in diversi cantoni, può chiedere in virtù degli art. 351 CPS e 264 PPF che il Tribunale federale designi il cantone competente per il procedimento ed il giudizio.

L'imputato non può ricorrere in cassazione per violazione dell'art. 350 cp. 1 CPS contro il giudizio che ha statuito separatamente su uno dei reati concorrenti.

Hans Lätt, commerçant à St-Aubin, a été déclaré en faillite le 24 décembre 1940. Par jugement du 8 juillet 1942, le Tribunal de police de Boudry l'a condamné pour banqueroute simple à deux mois d'emprisonnement sans sursis en application des art. 411 ch. 1, 4 et 5 et 412 CPN.

Lätt se pourvoit en nullité de ce jugement à la Cour de cassation pénale fédérale, invoquant le fait qu'il était déjà l'objet, avant la déclaration de faillite, d'une poursuite pénale pendante devant le Tribunal du district d'Uznach (St-Gall) pour participation à une escroquerie. Du moment que le droit fédéral doit, comme loi la plus douce, s'appliquer aux deux infractions, il y a lieu, en vertu des art. 349 à 351 CPS, de joindre les deux causes et d'en saisir l'autorité du lieu où la première instruction a été ouverte. Le recourant conclut donc à l'annulation du jugement du Tribunal de Boudry et au renvoi de l'affaire aux autorités judiciaires d'Uznach qui statueront en même temps sur les deux infractions.

Considérant en droit :

Il n'est pas nécessaire de rechercher si le jugement attaqué est un jugement de dernière instance au sens de l'art. 268 al. 2 PPF, car le pourvoi en nullité fédéral est de toute façon irrecevable.

Les deux enquêtes pénales ont été menées, selon le recourant, dans des cantons différents, à St-Gall et à Neuchâtel. L'inculpé eût donc été en droit, en vertu des art. 351 CPS et 264 PPF, de requérir du Tribunal fédéral la désignation de l'autorité compétente, de façon que les